

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

eine unvorstellbar große Last fällt in diesen Tagen von uns: Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Infektionen in Bayern ist vergangenen Freitag **erstmalig seit fast zwei Monaten auf unter 100 gefallen; gleichzeitig impft Deutschland inzwischen mehr als 1,3 Millionen Menschen pro Tag – ein neuer Rekord**. Das freut uns FREIE WÄHLER im Landtag



sehr, bedeutet es doch, dass immer mehr Städte und Gemeinden die Außengastronomie öffnen dürfen – und sogar Kinos und Theater bald bei stabil niedrigen Inzidenzen wieder Publikum einlassen dürfen. Auch können unsere Kinder und Jugendlichen wieder in ihren Vereinen Sport mit Gleichaltrigen treiben – all das natürlich unter den bewährten Hygieneauflagen und Testkonzepten.

Das Hauptaugenmerk von Politik muss jetzt darauf gelegt werden, den sukzessiven Rückweg von Staat und Gesellschaft zu Normalität und Freiheit zu organisieren. Dabei gilt es, ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten, aber auch so viel Normalität wie möglich zu schaffen. Dafür haben wir uns in der vergangenen Woche mit aller Kraft eingesetzt und neue Weichen gestellt. Mehr dazu erfahren Sie in unserem Wochenrückblick.

Rückblick

Wachsendes Impftempo führt Inzidenzwert ad absurdum

Mit dem Abebben der dritten Infektionswelle ist es jetzt Aufgabe der Staatsregierung, Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut zu bringen und ein gutes Leben mit Corona zu organisieren, bis die Pandemie final überwunden werden kann. **Um diesem Anspruch gerecht zu werden, rufen wir unsere Forderung nach einer Abkehr vom Inzidenzwert als zentraler Bemessungsgrundlage für das Pandemiegeschehen in Erinnerung.** Hiervon konnten wir bereits im März auch unseren Koalitionspartner mehrheitlich überzeugen. In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag hatten wir die Staatsregierung gemeinsam beauftragt zu prüfen, ob und welche weiteren Indikatoren und Erkenntnisse den Inzidenzwert als zentralen Bezugspunkt für Öffnungsstrategien ergänzen könnten.

Dies halten wir nun für nötiger denn je und sehen darin einen zentralen Erfolgsfaktor für ein gelingendes Krisenmanagement im Sommer. Angesichts des immer schnelleren Impffortschritts verliert der Inzidenzwert täglich weiter an Aussagekraft. Erfreulicherweise entkoppelt sich auch die Belastung unserer Krankenhäuser in zunehmendem Maße von diesem Indikator. **Das Ziel unserer Politik besteht nicht darin, eine mathematische Kennzahl zu drücken, sondern schwere Verläufe sowie Todesfälle zu verhindern und Corona zu besiegen.**



Nach Ansicht von uns FREIE WÄHLER-Fraktion bedarf es daher in den nächsten Wochen eines Strategiewechsels der bayerischen Corona-Politik, die sich aus ihrer singulären Fokussierung auf den Inzidenzwert lösen soll. Dies haben wir bereits im Februar in unserem [Bayernplan](#) gefordert und zwischenzeitlich Rückenwind diverser Experten für diese Idee erhalten. In

einem [Schreiben an Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek](#) bedanken wir uns deshalb nicht einzig für dessen vortrefflichen Einsatz zugunsten der Erhöhung des Impftempos im Freistaat.

Wir erfragen überdies, zu welchem Ergebnis die vom Bayerischen Landtag beauftragte Prüfung der Staatsregierung hinsichtlich einer Ergänzung des Inzidenzwerts gekommen ist. Dies erscheint uns unerlässlich, um Schulen, Wirtschaft, Sport, Kunst und Kultur verantwortungsbewusste Perspektiven aufzeigen zu können.

Eckpunktepapier „Integrität und Transparenz“ soll unmoralische Geschäftemacherei bekämpfen



Kaum haben wir das Bayerische Lobbyregistergesetz auf den Weg gebracht, wird bereits die nächste Stufe unserer Transparenzoffensive gezündet. **„Integrität und Transparenz – für eine unabhängige, ehrliche und glaubwürdige Politik“** lautet der Titel eines neuen Eckpunktepapiers, in dem die **FREIE WÄHLER-Fraktion ihre Vorstellungen einer für den Bürger nachvollziehbaren**

Politikgestaltung vorstellt. Es kann sein, dass sich manche Parlamentarier in anderen Parteien vor allem engagieren, um dort etwas „zu werden“. Wir betrachten uns jedoch als dafür gewählt, stellvertretend Polizist, Krankenschwester, Gastwirt, Solo-Selbständiger oder auch Anwalt zu sein. Erst der verfassungsrechtlich garantierte Fortbestand unserer bürgerlichen Berufe ermöglicht die Unabhängigkeit von uns Abgeordneten.

Gerade die jüngsten Vorfälle rund um die ehemaligen Unions-Abgeordneten Nüsslein, Sauter und Gauweiler belegen, dass es nicht reicht, Einkommensverhältnisse offenzulegen. **Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass es schwarze Schafe gibt, die ein völlig anderes Verständnis von der Vermischung ihres Mandats mit eigenen**

finanziellen Vorteilen haben als wir FREIE WÄHLER im Landtag. Wir sind der Auffassung, dass **jede unmoralische Geschäftemacherei** mit der Nähe zu Regierenden **unmöglich gemacht werden muss.** Deshalb kämpften wir FREIE WÄHLER im Landtag seit langem für das **Verbot jeglicher bezahlter Lobbytätigkeit durch Abgeordnete.** Auch Geschäfte von Abgeordneten mit dem Bund oder dem Freistaat sehen wir kritisch. Schon der bloße Anschein der Ausnutzung des Mandates muss vermieden werden. Oberhalb einer Bagatellgrenze eines Jahresumsatzes von beispielsweise maximal 50.000 € sollen sich **Abgeordnete künftig an keinerlei Verträgen mit Bund, Freistaat oder mit Unternehmen, an denen Bund oder Freistaat beteiligt sind, oder bei der Anbahnung solcher Verträge beteiligen dürfen.**

Und auch bei der Parteienfinanzierung wollen wir ansetzen. Deshalb setzen wir uns für ein grundsätzliches **Verbot von Spenden an Abgeordnete,** als auch für ein **generelles Verbot von Konzern- und Verbandsspenden an Parteien** ein. Auch wenn uns als Regierungsfraktion zwischenzeitlich immer wieder große Spenden angeboten werden, lehnen wir deren Annahme mit der gleichen Überzeugung ab, wie wir dies schon seit unserem erstmaligen Einzug in den Landtag im Jahr 2008 stets getan haben. Das Wasser der Transparenz zu predigen und gleichzeitig den Wein der Parteispenden zu trinken, wie dies jüngst die Grünen getan haben, kommt für uns nicht infrage.

👉 **Werfen Sie einen Blick in das [Eckpunktepapier!](#)**

Kein voreiliger Aktionismus: Baulandmobilisierungsgesetz gründlich prüfen

Wir FREIE WÄHLER im Landtag üben Kritik an der Ankündigung der CSU-Fraktion, das Baulandmobilisierungsgesetz im Bundesrat stoppen zu wollen. Ob der Freistaat bei dem bereits im Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf den Vermittlungsausschuss anrufen wird, ist noch Teil einer internen Diskussion. **Die Mobilisierung von Bauland ist ein wichtiges Instrument, um Wohnraum zu schaffen.** Eine Vereinfachung des Vorkaufsrechts für Gemeinden ist vor diesem Hintergrund ein echter Pluspunkt. Die Ausweitung von drei auf fünf Wohneinheiten im

Außenbereich stellt für Familien zudem eine Erleichterung dar, um beieinander zu bleiben. Statt auf Ablehnung wichtiger Initiativen setzen wir auf Kompromisse, die pragmatisch sind und auch in den Kommunen ankommen.

Eine finale Festlegung der Position Bayerns im Bundesrat kann und soll aus diesem Grund noch nicht stattfinden. **Schaffung von Wohnraum und parallel dazu eine Erhöhung der Eigentumsquote sind das Ziel der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag** – wobei sich die Bayernkoalition zuletzt nicht auf eine Verlängerung der Eigenheimzulage verständigen konnte. Eine Eigentumswohnung oder gar ein eigenes Haus gehören für uns allerdings zu den zentralen Säulen einer sicheren Altersvorsorge sowie einer krisenfesten Gesellschaft. **Wir kämpfen daher an zahlreichen Fronten für eine höhere Wohneigentumsquote im Freistaat. So auch mit der erst kürzlich vorgelegten Novellierung und Modernisierung der Bayerischen Bauordnung.**

Stärkung des ländlichen Raums: Verlagerung der Staatlichen Lotterieverwaltung nach Freyung-Grafenau

Die Stärkung des ländlichen Raums in Bayern ist eines unserer Herzensanliegen. Seit langem machen wir uns deshalb **dafür stark, dass auch der Osten bei Behördenansiedlungen angemessen berücksichtigt wird.**



Nachdem die Verlagerung des Verwaltungsgerichts Regensburg in den Landkreis Freyung-Grafenau am Widerstand der CSU gescheitert ist, machten wir unserem Koalitionspartner den Vorschlag, die Staatliche Lotterieverwaltung aus München heraus in den Landkreis Freyung-Grafenau zu verlegen.

Der ostbayerische Wirtschaftsstandort würde mit dieser rund 350 Mitarbeiter betreffenden Maßnahme massiv aufgewertet werden. Die Staatliche Lotterieverwaltung ist groß genug, um mehrere Standorte zu eröffnen – beispielsweise einen in Freyung und einen in Grafenau. Alles in allem wäre dies ein **gewinnbringender Vorschlag**

für beide Städte und den Landkreis als Ganzes. Als weitere Standorte könnten zudem Waldkirchen im Landkreis Freyung-Grafenau sowie Hauzenberg im Landkreis Passau dienen. Dies wäre die „Behördenverlagerung Plus“, die Behörden-Bazooka für Ostbayern. Wir FREIE WÄHLER werden dazu mit der CSU das Gespräch suchen.

Moorschutz im Einklang mit örtlicher Bevölkerung

Es ist richtig, wenn sich Umweltminister Thorsten Glauber bei der Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes auf die Renaturierung der staatlichen Moorflächen konzentriert. Alle Moorflächen in Bayern in den Blick zu nehmen – wie es unser Koalitionspartner jüngst vorschlug – halten wir im Moment nicht für zielführend. Die bayerischen, nachhaltig bewirtschafteten Wälder und Moore sind ohne Frage die größten Kohlendioxidspeicher in Bayern. Sie sind aber auch Eigentum und Lebensgrundlage unzähliger Landwirte, die diese Gebiete seit Generationen bewirtschaften. Stilllegungen und Wiedervernässungen wirken sich unmittelbar auf die Wirtschaftlichkeit der Flächen aus. **Renaturierung kann daher nur im Einklang mit der örtlichen Bevölkerung erfolgen. Ansonsten kommt es einer Enteignung gleich.** Auch der Klimaschutz in den Mooren kann nur funktionieren, wenn den Bewirtschaftern nachhaltige Perspektiven gegeben werden. Das **Konzept von Staatsminister Glauber zur Renaturierung des Donaumooses ist ein gangbarer Weg.** Denn hierbei werden die Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Donaumoos, den Landwirten sowie den Kommunen erarbeitet und 200 Millionen Euro bereitgestellt.

Mediathek-Tipp

Umweltminister Thorsten Glauber in Münchner Runde des BR

Der Kampf gegen den Klimawandel muss entschlossener fortgesetzt werden – und wird viele neue Jobs schaffen, so Umweltminister Thorsten Glauber am Abend des 12. Mai in der Münchner Runde des BR-Fernsehens. Tätigkeitsfelder werden sich allerdings verschieben. Die Sendung gibt´s für Sie in der [Mediathek des BR](#) [externer Link].

Regionalparlamente sind Motor einer stabilen Zukunft der Europäischen Union



Im Rahmen unserer Serie „Blickpunkt B@yern“ haben wir zum Europatag am 9. Mai einen digitalen Parlamentarischen Abend zum Thema „Baustelle Europa – gemeinsam anpacken für die Zukunft“ veranstaltet.

Tobias Gotthardt,

Europaausschussvorsitzender und europapolitischer Fraktionssprecher, begrüßte zu dem Event **doc. PhDr. Mikuláš Bek, Ph.D.**, Senator und Vorsitzender des Europaausschusses im tschechischen Senat, sowie **Dr. Sebastian Huber**, Abgeordneter und Zweiter Präsident des Landtags des Landes Salzburg.

Fazit der Runde: Europa muss sich im Wettbewerb mit den Großmächten USA, Russland und China zunehmend behaupten. Die künftigen Herausforderungen erscheinen zwar gewaltig – sie sind aber nicht unlösbar! **Denn gerade mit den Regionen und Regionalparlamenten hat die EU starke Partner an ihrer Seite. Sie sind der Motor, um das Friedensprojekt „Europäische Union“ in eine gesicherte und stabile Zukunft zu führen.** Die Konferenz zur Zukunft Europas, die Erholung nach der Corona-Pandemie, die Koordination unserer Pläne für die „Next Generation EU“ – das alles sind wichtige Themen für unsere Diskussion. **Unter den nachfolgenden Links können Sie die Veranstaltung nochmals anschauen:**

- YouTube: <https://youtu.be/TE-wbNRIudM>
- Einzelne Themenzuschnitte gibt es über die [Playlist](#) auf YouTube

Thema des nächsten #Blickpunkts B@yern!



Das bayerische Gast- und Schaustellergewerbe vor dem Neustart

Corona ist die größte Herausforderung der Nachkriegszeit für Bayern – vor allem **Hotellerie, Gastronomie und Schausteller trifft die Pandemie hart**: Lang geplante Reisen wurden storniert, der lokale Tourismus kocht auf

Sparflamme und **viele Volksfeste mussten auch für dieses Jahr abgesagt werden** – von der Fränkischen Kerwa über das niederbayerische Gäubodenfest bis hin zur Wiesn 2021 in München. Jetzt geht es um die Existenz einer ganzen Branche! Doch jeder Herausforderung wohnt auch eine Chance inne: Zeigt nicht gerade das Fehlen essentieller Bestandteile unseres bayerischen Lebensgefühls, welche zentrale gesellschaftliche und kulturelle Rolle Volksfeste, Gastronomie und Hotellerie im Freistaat spielen? **Retten Alternativkonzepte wie die „Wirtshauswiesn“ und der Münchner „Sommer in der Stadt“ die von der Corona-Pandemie gebeutelten Branchen?** Wie kommen Gast- und Schaustellergewerbe so schnell wie möglich raus aus der unverschuldeten Krise?

Über diese und viele weitere Fragen diskutiert die Festwirtin und gastropolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion **Jutta Widmann** im „Blickpunkt B@yern“ – mit ihren Gästen **Dr. Thomas Geppert**, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA Bayern e.V., sowie **Christian Buchner**, Vorsitzender der Marktkaufleute und der Schausteller Landshut sowie Revisor des Bayerischen Landesverbands der Marktkaufleute und der Schausteller e.V. (BLV)

Schalten Sie ein: **Dienstag, 18. Mai 2021, 19.00 Uhr**

Unter nachfolgenden Links gelangen Sie direkt zur Veranstaltung:

- Streaming-Plattform: https://is.gd/FW_Livestream
- Facebook: <https://fb.me/e/1h854N8Kg>
- YouTube: <https://youtu.be/LifLQs74x68>
- Webseite der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: www.fw-landtag.de

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! Die Sendung kann auch nachträglich noch über unseren [YouTube-Kanal](#) oder bei [Facebook](#) angeschaut werden.

Impressum

Bürgerbüro Roland Weigert, MdL
Münchener Str. 24 | 86633 Neuburg a.d.Donau
Tel. 08431-6463270 | buengerbuero@weigert-mdl.de